

Humanitäre
Themen erklärt:
**Humanitäre
Hilfe der
Vereinten
Nationen**
to go

Sonja Hövelmann
April 2022

CHA
CENTRE FOR
HUMANITARIAN
ACTION

Einführung

Aufgrund von Kriegen, Krisen oder Katastrophen sind weltweit 274 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gründe dafür sind, dass politische Konflikte zunehmend länger andauern, die Auswirkungen der Klimakrise zu Vertreibung und Ressourcenkonflikten führen und schließlich globale Gesundheitskrisen wie die COVID-19-Pandemie die Anzahl der hungernden Menschen erstmals wieder steigen lässt. Wenn Staaten nicht mehr in der Lage oder willens sind, ihre Bevölkerung bei Krisen zu versorgen, kommt den Vereinten Nationen eine wesentliche Rolle bei der Versorgung zu.

Inhalt

1. Was ist humanitäre Hilfe?	4
Humanitäre Prinzipien	4
2. UN-Akteure und ihre Aufgaben	5
Größte Einsätze der UN	5
Infokasten Syrien	6
Akteure der humanitären Hilfe	7
Nothilfeaufrufe und Ablauf von Einsätzen	7
Cluster-Ansatz OCHA	7
3. Finanzierung von humanitärer Hilfe	8
Menschen auf der Flucht	8
Infokasten Zentralafrikanische Republik	9
Nothilfeaufforderungen und Spenden	10
4. Trends und Herausforderungen der humanitären Hilfe	11
Infokasten Jemen	11
5. Deutschlands Rolle im humanitären System	12
6. Mehr Bedarf an humanitärer Hilfe denn je	13
Literatur, Impressum	14

1. Was ist humanitäre Hilfe?

Humanitäre Hilfe ist eine Kernaufgabe der Vereinten Nationen, verankert in Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen. Im Jahr 1991 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 46/182 zur Stärkung der Koordinierung humanitärer Nothilfe der Vereinten Nationen. Die Resolution definiert einen Rahmen für humanitäre Hilfe und enthält zwölf Leitprinzipien, zu denen die vier humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit als zentrale Werte des humanitären Systems gehören.

Humanitäre Prinzipien

Die humanitäre Hilfe fußt auf vier Prinzipien: Im Zentrum steht das Prinzip der Menschlichkeit, das besagt, dass Unterstützung ohne Diskriminierung von Mensch zu Mensch geleistet wird, um Leid zu mindern. In einer Welt von begrenzten Ressourcen soll die Hilfe nach dem Prinzip der Unparteilichkeit, also prioritär bedarfsorientiert, allein nach dem Maß der Not und ohne Diskriminierung nach Ethnie, Geschlecht, Religionszugehörigkeit oder Nationalität geleistet werden. Um bedarfsorientiert zu helfen, müssen humanitäre Helferinnen und Helfer Zugang zu den Menschen in Not erhalten. Insbesondere in Konfliktgebieten ist dies mit dem Aufbau von Vertrauen darin verbunden, dass keine politischen Absichten verfolgt werden. Dafür grundlegend ist das Prinzip der Neutralität. Um sich neutral zu verhalten und bedarfsorientiert zu helfen, ist das vierte Prinzip – die Unabhängigkeit – unabdingbar, um frei von Zwängen Entscheidungen zu treffen.

Darüber hinaus wurde mit der Resolution die Einrichtung von vier Institutionen auf den Weg gebracht, die noch heute wichtige Eckpfeiler der humanitären Hilfe sind. Dazu gehören der oder die UN-Nothilfekordinator*in, die Gründung eines eigenen Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), die Etablierung eines Koordinierungsforums zur Abstimmung zwischen humanitären UN- und Nicht-UN-Organisationen (IASC) sowie ein Nothilfefonds zur Finanzierung humanitärer Hilfe. Auch heute noch üben diese Institutionen wichtige Funktionen aus. Eine Schlüsselrolle nimmt das Amt des Nothilfekordinators und das ihr/ihm zuarbeitende OCHA ein.

Rechtliche Grundlage der humanitären Hilfe bilden völkerrechtliche Verträge und das internationale Recht, insbesondere das humanitäre Völkerrecht.

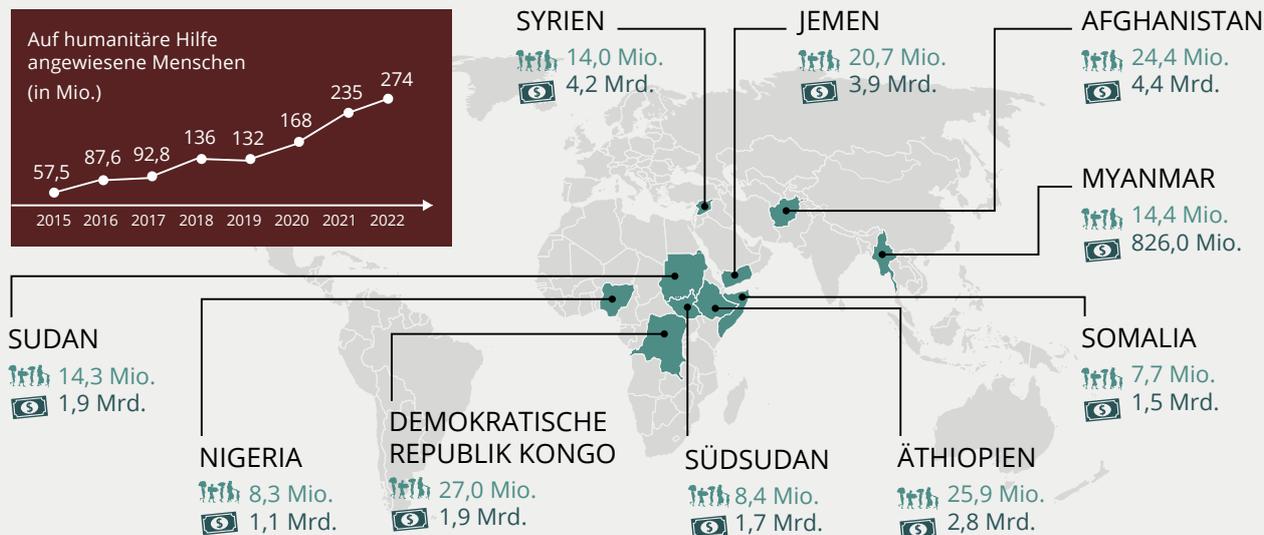
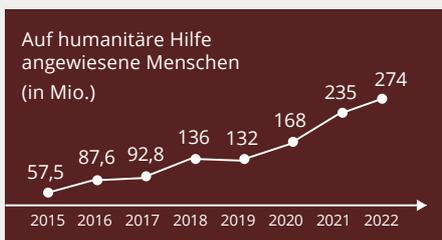
Dabei ergeben sich andere Rechtsrahmen, wenn die humanitäre Hilfe in einem internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikt oder in einer Naturkatastrophe geleistet wird. In bewaffneten Konflikten gelten insbesondere die Genfer Abkommen und ihre Zusatzprotokolle zum Schutz und der Versorgung von Zivilpersonen, die nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind. Bei der Unterstützung und Versorgung von Flüchtlingen bilden das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aus dem Jahr 1951 und seine Zusatzprotokolle einen universell gültigen Eckpfeiler.

Für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist der UN-Sicherheitsrat das wesentliche Entscheidungsgremium. Er verfügt über ein Spektrum an Handlungsmöglichkeiten zur Umsetzung dieses Zieles, allen voran die friedliche Regelung von Streitigkeiten. Bei einer akuten Bedrohungssituation kann der Rat auch Wirtschaftssanktionen oder Handelsembargos erlassen. Drohen innerstaatliche Konflikte, die die internationale oder regionale Sicherheit gefährden, kann der Sicherheitsrat weitreichende Maßnahmen bis hin zu Interventionen beschließen. Allerdings ist der Rat durch die Vetomöglichkeit der fünf ständigen Mitglieder China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA bei schweren humanitären Krisen zeitweise handlungsunfähig, wie etwa im Syrienkonflikt. Die humanitäre Hilfe der UN wird also auch von politischen Interessen beeinflusst, obwohl es ihr Anspruch ist, unabhängig und neutral zu sein. Dies bedeutet ein immerwährendes Spannungsfeld zwischen moralischem Anspruch und politischer Wirklichkeit.

Wenn freier Zugang für humanitäre Hilfe, unabhängige Bedarfserhebung oder die Versorgung von Menschen in Oppositionsgebieten verhindert wird, hat dies nicht nur schwerwiegende bis tödliche Folgen für die betroffenen Menschen. Es führt bei humanitären Akteuren zu Zielkonflikten, da diese nicht gemäß den humanitären Prinzipien handeln können. Eine stärkere Politisierung und Instrumentalisierung geht auch mit mehr Unsicherheiten für Helferinnen und Helfer vor Ort einher. Als die gegenwärtig gefährlichsten Einsatzländer gelten die Demokratische Republik Kongo, Südsudan und Syrien. Aber auch im politischen Konflikt um die Region Tigray in Äthiopien nehmen die Angriffe auf und Tötungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern humanitärer Organisationen zu.

Größte humanitäre Einsätze

Menschen in Not  Benötigte Hilfen (US\$) 



2. UN-Akteure und ihre Aufgaben

Auch wenn das humanitäre System von verschiedenen Akteursgruppen wie Geber- und Empfängerregierungen, den Rotkreuz- und Rothalbmondorganisationen, nicht-staatlichen Organisationen (NGOs), Privatsektor, Medien, Wissenschaft, Militär und den Hilfsempfängenden selbst bestimmt wird, wird im Folgenden insbesondere die Rolle der unterschiedlichen UN-Organisationen beleuchtet. Diese können nur mit dem Einverständnis der Gastregierung oder wenn ein Beschluss des Sicherheitsrats vorliegt aktiv werden. Damit unterscheiden sich die UN-Organisationen von zivilen Hilfsorganisationen wie beispielsweise Ärzte ohne Grenzen.

Zu den UN-Organisationen, die vor allem einen humanitären Auftrag (Mandat) erfüllen, gehören das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) mit dem/der UN-Nothilfekordinator*in, das Welternährungsprogramm (WFP), das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), das UN-Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Darüber hinaus sind auch das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) in der humanitären Hilfe aktiv. Die meisten Organisationen wurden zum Ende des Zweiten Weltkriegs und während des Ost-West-Konflikts auf Beschluss der Generalversammlung gegründet. Auch wenn jede UN-Organisation

unterschiedliche Bereiche der Nothilfe abdeckt, gibt es teils große Überlappungen. Insbesondere bei der Anschlussfähigkeit an die längerfristige Entwicklungszusammenarbeit etwa von der FAO oder dem UNDP gibt es einen kontinuierlichen Bedarf an effektiver Koordinierung.

Das Nothilfebüro OCHA behält als Koordinierungsorganisation den Überblick über alle humanitären Krisen. Es führt selbst keine Hilfsoperationen durch, sondern alarmiert und informiert, mobilisiert finanzielle Ressourcen und gestaltet aktiv die Rahmenbedingungen der humanitären Hilfe in Form von Richtlinien mit. Geleitet wird OCHA von einer UN-Nothilfekordinatorin oder einem UN-Nothilfekordinator, die durch die/den UN-Generalsekretär*in ernannt werden. Der Posten ist einer von fünf UN-Kabinettposten, die traditionell von Staatsangehörigen der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats besetzt werden. Seit dem Jahr 2007 wurden fünf britische Staatsangehörige für das Amt des Nothilfekordinators ernannt. Die/der Nothilfekordinator*in übernimmt als Fürsprecher*in für humanitäre Belange im UN-Sicherheitsrat eine wichtige Funktion. Allerdings verfügt er/sie nicht über Weisungsbefugnisse etwa den anderen UN-Agenturen gegenüber, was teils kritisiert wird.

Um sich einen Überblick über die weltweiten Notlagen verschaffen zu können, koordiniert OCHA in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen in den

Geopolitische Herausforderungen und die Instrumentalisierung humanitärer Hilfe in Syrien

Menschen in Not: **13 Millionen**
Nothilfaufrufe: **2012-2021**
Bedarfe: **4 Milliarden US-Dollar** (2021)



Regionale Nothilfe (Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon, Türkei)
Menschen in Not: **10,1 Millionen**
Bedarfe: **5,6 Milliarden US-Dollar** (2021)

In Syrien herrscht seit dem Jahr 2011 Bürgerkrieg und das Land befindet sich in einer katastrophalen humanitären Krise. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist geflüchtet oder lebt als Binnenvertriebene innerhalb Syriens. Die anhaltende Gewalt sowie die schwerwiegende Zerstörung ziviler Infrastruktur führt zu großer Not: Auch die Nothilfe für syrische Geflüchtete in den Nachbarstaaten steht vor großen Herausforderungen. Mehr als 70 Prozent der Geflüchteten und Binnenvertriebenen leben unterhalb der Armutsgrenze und sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dazu kommen noch die Bedarfe der mehr als sechs Millionen Menschen aus Syrien, die überwiegend in die Nachbarstaaten geflohen sind. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen ist in Syrien beschränkt, denn der geopolitische Charakter der Krise spiegelt sich unter anderem in einem gespaltenen UN-Sicherheitsrat wider. Besonders deutlich wurde dies, als Russland ankündigte, humanitäre Güter nur noch über die Regierung unter Baschar al-Assad in das Land lassen zu wollen und die grenzüberschreitende Versorgung aus der Türkei von den Gebieten, die nicht unter staatlicher Kontrolle stehen, mit einem Veto zu blockieren. Humanitäre Helferinnen und Helfer befürchteten, dass der Hunger und die Not von der syrischen Regierung dadurch vermehrt als Kriegstaktik eingesetzt werden könnte. Auch wenn in diesem Fall eine Einigung erzielt werden konnte, findet die humanitäre Arbeit des OCHA sowie weiterer UN-Organisationen aufgrund von Angriffen auf Hilfsorganisationen sowie die Instrumentalisierung der humanitären Hilfe unter sehr schwierigen Bedingungen statt. Gleichzeitig kämpfen die Aufnahmeländer – wie etwa Libanon – selbst mit steigender Armut und Arbeitslosigkeit. Trotz globaler Aufmerksamkeit und der sehr akuten Notlage sind humanitäre Organisationen in der Syrienkrise unterfinanziert. Von den für das Jahr 2021 angesetzten insgesamt knapp zehn Milliarden US-Dollar an humanitären Ausgaben ist nicht mal ein Drittel eingegangen.

Krisengebieten die Bedarfserhebungen. Dabei wird geprüft, wo und wie viele Menschen humanitäre Hilfe benötigen und ob diese eher mit Nahrungsmittelhilfen, Zugang zu Trinkwasser oder Notunterkünften unterstützt werden müssen. Die Ergebnisse fließen in die nationalen Bedarfspläne ein, die als Koordinierungsgrundlage genutzt werden. Damit wird verhindert, dass bei der Versorgung von Menschen in Not Lücken oder Doppelungen entstehen. In dem jährlich

erscheinenden Bericht ‚Humanitärer Bedarf im Überblick‘ (Global Humanitarian Overview) fasst OCHA die nationalen Bedarfspläne zusammen und ruft damit die UN-Mitgliedstaaten auf, Beiträge zur Finanzierung der humanitären Hilfe zu zahlen.

Auch wenn sich die Datengrundlage der Bedarfspläne in den letzten Jahren deutlich verbessert hat und mit dem finanziellen Verfolgungssystem ein transparenter

Die Verteilung von Hilfsgütern entspricht sektoral und regional häufig nicht dem tatsächlichen Bedarf.

Mechanismus der Nachverfolgung der Gelder geschaffen wurde, werden zahlreiche Unzulänglichkeiten bemängelt. So entspricht die Verteilung von Hilfsgütern sektoral und regional häufig nicht dem tatsächlichen Bedarf, da geostrategische oder organisationsinterne Interessen ein Handeln

nach dem Prinzip der Unparteilichkeit erschweren. Ein Indiz dafür ist, dass Hilfspläne sehr unterschiedlich gut finanziert sind oder dass Hilfsgüter von Begünstigten verkauft werden, um mit dem Geld andere Produkte zu erwerben. Bei einer Umfrage der UN im Tschad ergaben nur zwölf Prozent der Hilfsempfänger*innen an, dass die geleistete Hilfe ihrem tatsächlichen Bedarf entspricht. Eine Lösung, die insbesondere nach dem humanitären Weltgipfel im Jahr 2016 in Istanbul verfolgt wurde, sind organisations- und sektorübergreifende Bedarfserhebungen und eine stärkere Umstellung auf zweckungebundene Bargeldhilfen.

WFP, UNICEF und UNHCR sind in den Krisengebieten operativ tätig, indem sie Hilfsprogramme wie Nahrungsmittellieferungen oder Versorgung von Flüchtlingen umsetzen. Das WFP, im Jahr 1963 gegründet, ist die weltweit größte humanitäre Organisation und versorgt Menschen in humanitären Notlagen traditionell mit Nahrungsmitteln, heute jedoch vielfach auch in umfangreichen Bargeldprogrammen. Mit 8,47 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 versorgte die UN-Organisation 115,5 Millionen Menschen in 88 Ländern. Damit hat das WFP seine Mittel von vier Milliarden US-Dollar in zehn Jahren fast verdoppelt. Neben Themen wie Ernährungssicherung und dem Einsatz gegen Hunger setzt sich das WFP für die vorausschauende Hilfe ein, um beispielsweise bei Dürren durch Prävention Lebensgrundlagen von Familien zu erhalten.

Das im Jahr 1951 gegründete UNHCR hat vor allem das Mandat, Flüchtlinge zu versorgen. Noch in den 1990er Jahren arbeiteten rund 5.000 Angestellte, die über 20 Millionen Menschen betreuten, mit einem Budget von etwa einer Milliarde US-Dollar. Heute hat sich die Zahl mit knapp 18.000 Angestellten fast vervierfacht und das Budget mit 9,15 Milliarden US-Dollar verzehnfacht. Die Zahl der Vertriebenen stieg im Jahr 2020 auf 82,4 Millionen Menschen. Im Jahr 1998 wurde das Mandat

Akteure der humanitären Hilfe



über 7.500 Angestellte. Im Jahr 2020 waren es über 15.000 Beschäftigte weltweit und ein Budget von über 7,5 Milliarden US-Dollar. UNICEF setzt sich sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch in der humanitären Hilfe dafür ein, dass Kinder Schutz und Perspektiven haben. Im Rahmen der ‚Cluster‘-Koordinierung übernimmt es die Bereiche Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene, Bildung und Schutz vor sexueller Gewalt.

Zudem führen weitere UN-Organisationen wie die WHO, das UNDP und die IOM Hilfsoperationen durch oder sind an der Koordinierung humanitärer Hilfe beteiligt. Die WHO wird zum vorrangigen Akteur bei globalen Gesundheitskrisen mit

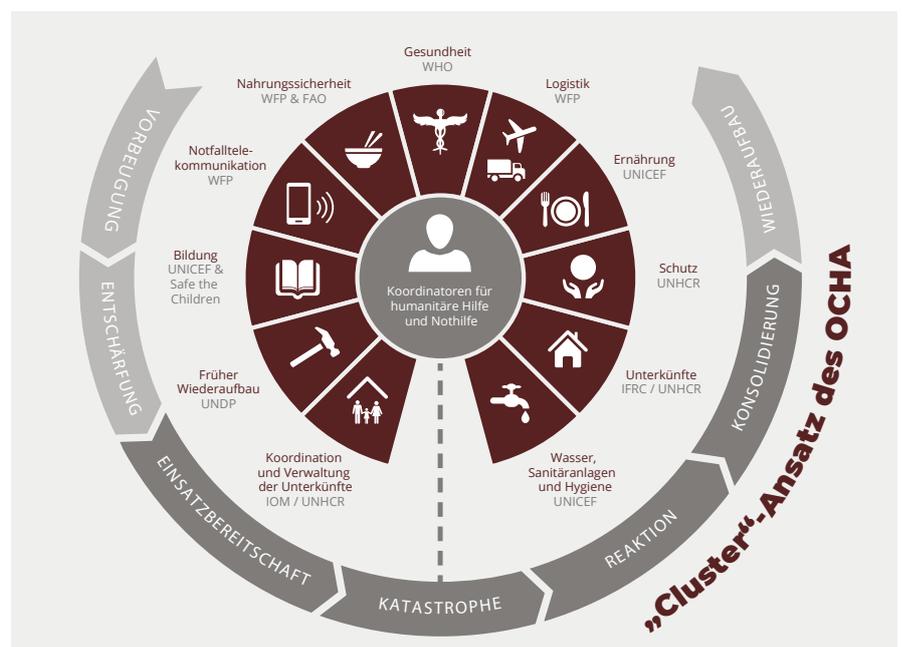
des UNHCR auf Flüchtlinge im eigenen Land erweitert, sogenannte Binnenvertriebene. Diese Ausweitung des Mandats wurde im ‚Cluster‘-Ansatz bestätigt und sogar für komplexe Notlagen ausgebaut, wenn beispielsweise politische Instabilität, Gewaltkonflikte oder Naturkatastrophen zusammenkommen. Beim ‚Cluster‘-Ansatz wurden für unterschiedliche Sektoren der Hilfsmaßnahmen – Gesundheit, Schutz der Zivilbevölkerung oder Ernährung – Leitorganisationen benannt, die dafür verantwortlich sind, alle Akteure an einen Tisch zu bringen und Lücken zu identifizieren. Einige Fachleute kritisieren weiterhin die mangelnde Kooperation und Koordination bei der UN-geleiteten Flüchtlingshilfe, wenn weitere UN-Organisationen wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) beteiligt sind. Laut UNHCR stammen zwei Drittel der Binnenvertriebenen beziehungsweise Flüchtlinge aus fünf Staaten: Afghanistan, Myanmar, Südsudan, Syrien und Venezuela. Die größten Aufnahmeländer sind zumeist die Nachbarstaaten, allen voran die Türkei mit 3,7 Millionen, Kolumbien mit 1,7 Millionen, Pakistan mit 1,7 Millionen und Uganda mit 1,4 Millionen Menschen. Deutschland ist mit rund 1,2 Millionen Flüchtlingen fünftgrößtes Aufnahmeland.

UNICEF wurde im Jahr 1946 gegründet und erhielt zunächst das Mandat der humanitären Versorgung von Frauen und Kindern nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Ende der 1990er Jahre verfügte das Kinderhilfswerk über ein Budget von rund einer Milliarde US-Dollar und

humanitärem Ausmaß wie der Ebola-Epidemie in Westafrika im Jahr 2014. Auch die Koordinierung mit UN-Missionen wie der in Mali (MINUSMA) oder in Südsudan (UNMISS) ist von großer Bedeutung vor dem Hintergrund gefährlicher Sicherheitslagen.

Nothilfeaufrufe und Ablauf von Einsätzen

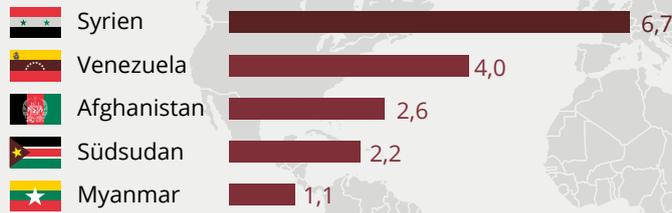
Wenn nach einer Katastrophe oder in Konflikten ein Staat einen Nothilfeaufruf an die Vereinten Nationen richtet, koordiniert OCHA die Aktivitäten zur Linderung der humanitären Notlage. Dies erfolgt in Abstimmung mit der/dem Humanitären Koordinator*in oder der/dem Residierenden Koordinator*in vor Ort und dem jeweiligen UN-Landesteam. In diesem sind die vor



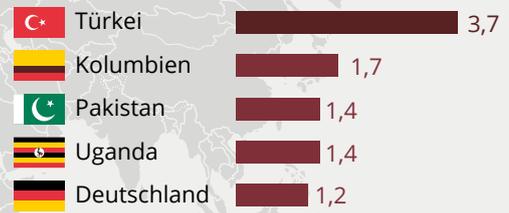
Menschen auf der Flucht

(in Millionen)

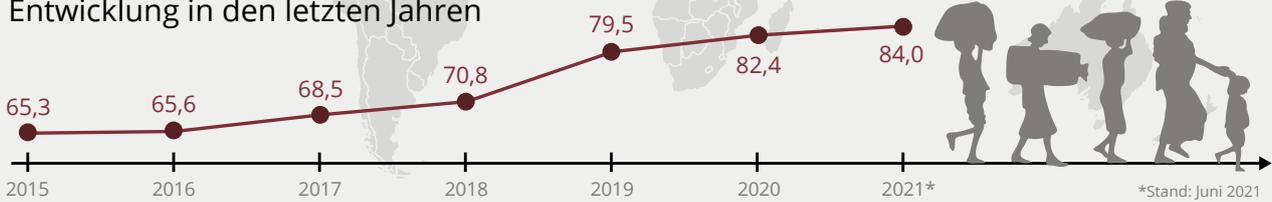
Hauptherkunftsländer



Hauptaufnahmeländer



Entwicklung in den letzten Jahren



Ort arbeitenden UN-Organisationen wie WFP, UNICEF oder die WHO vertreten, aber beispielsweise auch Führungskräfte von UN-Friedensmissionen. Das OCHA koordiniert die Bedarfserhebungen, Spendenaufrufe, schnellen Einsatzkräfte sowie die Beschaffung von Hilfsgütern.

Was in der Theorie einfach klingt, ist in der Praxis häufig nicht leicht umsetzbar. Grabenkämpfe zwischen UN-Organisationen, unzureichende und unflexible Finanzierung sowie bestehende Machtstrukturen können eine effektive Koordination zwischen den humanitären Akteuren erschweren. Zahlreiche Reformbemühungen versuchen, diesen Unzulänglichkeiten zu begegnen.

Als Reaktion auf die unzureichende Koordination des Nothilfeinsatzes in Dafur, Sudan, und dem Tsunami im Indischen Ozean im Jahr 2004, initiierte der damalige UN-Nothilfe Koordinator Jan Egeland eine Reform des humanitären Systems. Die großen Hilfsorganisationen wie das WFP, UNHCR, UNICEF und die IOM sowie

weitere humanitäre internationale NGOs verständigten sich auf die global und lokal definierte Arbeitsteilung im ‚Cluster‘-Ansatz.

Der ‚Cluster‘-Ansatz ist heute eine Grundvoraussetzung für die Koordination humanitärer Nothilfe – sowohl lokal als auch global. Allerdings schwächt die Zergliederung der humanitären Bedarfe in Sektoren das humanitäre System. Statt die Bedarfe der betroffenen Bevölkerung ganzheitlich zu betrachten, fokussieren sich die einzelnen humanitären Akteure auf die von ihnen durchgeführten Maßnahmen und Aktivitäten. Eine Neustrukturierung, die den Hilfsempfängenden in den Mittelpunkt stellt, ist dringend erforderlich. Zudem sollten lokale Akteure stärker in die ‚Cluster‘-Koordination eingebunden und ihnen die aktive Beteiligung erleichtert werden. Kritisiert wird, dass als Arbeitssprache der ‚Cluster‘-Treffen überwiegend eine internationale Sprache statt der Landessprache gewählt wird. Dies beschränkt den Zugang und die Teilnahme lokaler Akteure erheblich.

3. Finanzierung von humanitärer Hilfe

Noch Anfang des Jahres 2020 waren 170 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, 2022 sind es 274 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg von 60 Prozent innerhalb nur zwei Jahren. Diese enorme Zahl der Menschen, die Unterstützung benötigen, birgt für die UN-Organisationen operative Herausforderungen. Während beispielsweise das WFP in den 1990er Jahren auf maximal zwei große Krisen im Jahr

vorbereitet war, sind es heute oft fünf oder sechs Krisen zeitgleich. Jemen, Südsudan, Syrien oder die Zentralafrikanische Republik: Für diese Krisengebiete liegen jährliche Nothilfenaufrufe teilweise seit mehr als einem Jahrzehnt vor. Die Staaten eint ebenfalls, dass mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung auf internationale humanitäre Hilfe angewiesen ist.

Mit der steigenden Zahl an notleidenden Menschen hält das bestehende Finanzierungssystem aus Geberstaaten, internationalen Institutionen sowie Spenden aus Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft nicht Schritt. Seit dem Jahr 2018 stagnieren die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel für humanitäre Hilfe bei rund 25 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2020 stellten Regierungen und die Europäische Union (EU) rund 24,1 Milliarden US-Dollar bereit. In den vergangenen fünf Jahren wurden Finanzierungsaufträge durchschnittlich nur zu zwei Dritteln bereitgestellt. Gleichzeitig wird die Last auf weniger Schultern verteilt: Während beispielsweise Großbritannien und Saudi-Arabien ihre Mittel im Jahr 2021 um 30 Prozent beziehungsweise 50 Prozent kürzten, erhöhte Deutschland seinen Anteil um fast 30 Prozent. Keine Krise ist überfinanziert, aber es gibt zahlreiche Länder, deren Finanzaufträge im Jahr 2020 zu weniger als einem Drittel erfüllt wurden, wie beispielsweise Dschibuti, Simbabwe oder Venezuela. Dass dies nicht nur Zahlenspiele sind, zeigt sich immer wieder

Humanitäre Hilfe in einer „vergessenen Krise“ in der Zentralafrikanischen Republik

Menschen in Not: **2,8 Millionen**
 Nothilfeaufträge: **2003–2021**
 Bedarfe: **430 Millionen US-Dollar** (2021)



Die Zentralafrikanische Republik steckt in einer schweren Krise – Nahrungsmittelknappheit, bewaffneter Konflikt und Zwangsvertreibung führen dazu, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen war. Nur jeder Dritte hat Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Aufgrund des bewaffneten Konflikts zwischen der Regierung und den Rebellen verlieren viele Menschen ihr Leben und werden schwerste Menschenrechtsverbrechen begangen. Während deshalb Hunderttausende ihre Heimat verlassen müssen, stellt die anhaltende Gewalt vor Ort humanitäre Organisationen vor große Probleme. So gab es mehrere hundert Zwischenfälle, in denen humanitäre Arbeit behindert wurde. Die katastrophalen Bedingungen dauern seit Jahren an – und dennoch findet die Krise kaum Aufmerksamkeit in der Berichterstattung der westlichen Medien. In diesem Zusammenhang steht das OCHA in der Zentralafrikanischen Republik vor einer weiteren großen Herausforderung: Der formulierte Bedarf an Finanzierungen für das Jahr 2021 – das Geld, was benötigt wird, um den akutesten humanitären Bedarf der notleidenden Bevölkerung zu decken – ist nur etwa zur Hälfte eingegangen. Diese Kluft zwischen der benötigten und der tatsächlich vorhandenen Finanzierung stellt das OCHA im Land vor operative Schwierigkeiten. Zudem weisen das UNICEF und das OCHA auf die Gefahren verursacht durch Naturkatastrophen hin – zuletzt hatten im Jahr 2019 Überschwemmungen in der Hauptstadt Bangui die Lebensgrundlage von mehr als 20.000 Menschen zerstört.

dramatisch, wenn UN-Organisationen ankündigen, Hilfsleistungen oder Essensrationen kürzen zu müssen wie beispielsweise das WFP in den Jahren 2014 und 2016 im Syrienkonflikt.

Dass die Arbeit der Vereinten Nationen unterfinanziert ist, liegt auch an ausbleibenden Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten.

Dass die Arbeit der Vereinten Nationen erheblich unterfinanziert ist, liegt etwa auch an ausbleibenden Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten. 94 Prozent der programmatischen

Aktivitäten des OCHA werden aus freiwilligen staatlichen Zuwendungen finanziert und nur sechs Prozent aus Pflichtbeiträgen über den UN-Haushalt. Daher plädieren Fachleute für mehr Pflichtbeiträge zur Finanzierung der Nothilfe der UN. Neben vorrangig freiwilligen Beiträgen der Staaten zur Arbeit der UN-Organisationen beziehen diese auch Förderungen von privaten Spendern und Stiftungen. Beispielsweise fördert die IKEA-Stiftung das UNHCR seit dem Jahr 2010 mit bisher insgesamt rund 190 Millionen US-Dollar.

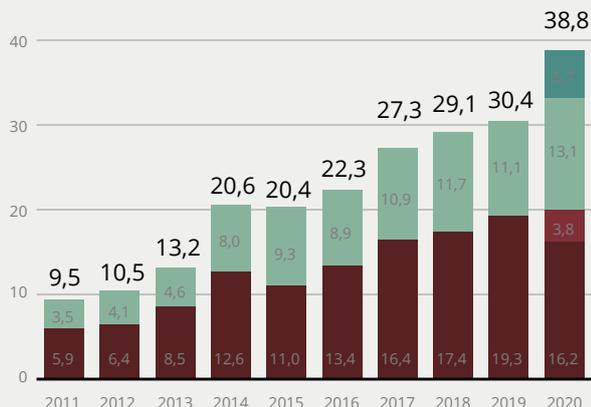
Dem OCHA kommt nicht nur eine Koordinierungsfunktion zu. Mit dem Zentralen Nothilfefond (CERF) verfügt es über einen Finanzierungsmechanismus, der bei Akutkrisen schnell aktiviert werden kann. Im Gegensatz zu Spendenaufträgen im Rahmen von Geberkonferenzen sind die Mittel des CERF nicht an bestimmte Krisen gebunden. Das bedeutet, dass diese flexibel eingesetzt werden können, um auf akute oder unterfinanzierte humanitäre Krisen reagieren zu können, die weniger mediale Aufmerksamkeit oder Spenden erhalten. Der Nothilfefond wird durch Mitgliedsstaaten der UN finanziert. Deutschland hat seinen finanziellen Beitrag von 85 Millionen im Jahr 2017 auf 140 Millionen US-Dollar im Jahr 2020 aufgestockt und ist damit der größte Geldgeber für den CERF nach Großbritannien.

Die finanziellen Mittel des CERF werden zum größten Teil an die UN-Organisationen wie UNICEF, WFP, IOM und UNHCR weitergeleitet, die damit für die Bereitstellung von Nahrung, Trinkwasser, Schutz und medizinischer Versorgung sorgen. Ein Teil dieser Gelder wird wiederum an lokale Institutionen und NGOs weitergeleitet, die häufig eine stärkere Präsenz in den Krisengebieten haben und über bessere Kenntnisse der Rahmenbedingungen verfügen. Trotz allem wird der CERF auch kritisiert. So stehe er beispielsweise nur den UN-Organisationen zur Verfügung, die wiederum nur einen Teil der Mittel weiterleiten. Umsetzende Organisationen jedoch haben keine Möglichkeit, sich selbst auf Mittel zu bewerben.

Eine zunehmend bedeutsame Rolle spielen die von OCHA verwalteten humanitären Länderfonds (CBPF). Anders als beim CERF können sich bei den Länderfonds alle Akteure um finanzielle Mittel bemühen,

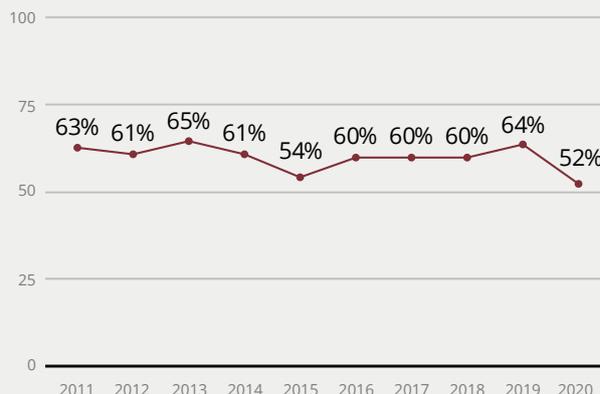
Höhe der Spenden im Vergleich mit Anforderungen

(in Milliarden US-Dollar)



- Nicht erfüllte Anforderung für die Reaktion auf COVID-19
- Andere unerfüllte Anforderungen
- Finanzierung der Reaktion auf COVID-19
- Sonstige Finanzierung

Anteil der geleisteten Anforderungen



Quelle: Entwicklungsinitiativen basierend auf UN OCHA FTS- und UNHCR-Daten.
Anmerkungen: Die Daten ab 2012 umfassen regionale Reaktionspläne für Afghanistan, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Nigeria, Südsudan, Syrien und Jemen sowie regionale Reaktionspläne für Flüchtlinge und Migrant*innen für Europa und für Flüchtlinge und Migrant*innen aus Venezuela, die vom UNHCR koordiniert und verfolgt werden. Die Daten sind in jeweiligen Preisen angegeben und wurden zuletzt am 27. April 2021 aktualisiert. Die Endsumme für 2020 umfasst die Aktualisierungen des regionalen Flüchtlings- und Resilienzplans für Syrien vom Februar 2021. Die Gesamtzahlen für die Reaktion auf COVID-19-Maßnahmen umfassen die im Rahmen der COVID-19 GHRP gemeldeten Finanzierung sowie die sektorübergreifenden Pläne mit den COVID-19-Komponenten gemeldeten Mittel und schließen die außerhalb eines Berufungsplans gemeldeten Mittel für COVID-19-Maßnahmen aus.

da dieser beispielsweise auch lokalen NGOs offensteht. Die Länderfonds sind also ein wichtiges Instrument für die humanitäre Hilfe. Die Akteure in den von Krisen betroffenen Ländern werden gestärkt, indem sie einen direkteren Zugang zu Finanzierungsinstrumenten erhalten. 36 Prozent der Mittel wurden im Jahr 2020 an nationale oder lokale Akteure direkt vergeben. Das ist ein bedeutender Schritt zu mehr direktem finanziellem Zugang. Gleichzeitig sollten lokale Akteure stärker in den Steuerungs- und Beratungsgremien vertreten sein, damit die Länderfonds weiterhin ein inklusiver

Die wachsende Kluft zwischen vorhandener Finanzierung und den Bedarfen betroffener Menschen erhöht den Druck auf humanitäre Akteure.

Die wachsende Kluft zwischen vorhandener Finanzierung und den Bedarfen betroffener Menschen erhöht den Druck auf humanitäre Akteure, zusätzliche Mittel jenseits der traditionellen Geberstaaten zu mobilisieren und die Hilfseinsätze effizienter zu

Finanzierungsmechanismen bleiben, der den verschiedensten Akteuren offensteht. Mit rund 220 Millionen US-Dollar war Deutschland im Jahr 2020 der größte Geber für die Länderfonds.

gestalten. Mit diesem Ziel trafen sich im Jahr 2016 Geberstaaten, UN-Organisationen und zivile Hilfsorganisationen zum Humanitären Weltgipfel in Istanbul. In der sogenannten ‚Großen Vereinbarung‘ (Grand Bargain) formulierten diese Akteure neun konkrete Arbeitsstränge, die diese Defizite des humanitären Systems adressieren sollten. Es ist eine Vereinbarung für mehr Effizienz und Transparenz seitens der humanitären Organisationen und gleichzeitig für mehr Vertrauen und Flexibilität von Seiten der Geber. Die darin festgeschriebenen Ziele sollten bis zum Jahr 2021 umgesetzt werden.

Ein wichtiger Arbeitsstrang umfasst den Ausbau von mehrjähriger und flexibler Förderung. Seitdem haben einige Geber ihre Mittel flexibilisiert, das heißt, diese sind weniger zweckgebunden für bestimmte Sektoren oder bestimmte Regionen. An den Gesamtausgaben anteilig gemessen – im Jahr 2020 rund 2,3 Milliarden US-Dollar – gibt Deutschland rund 14,3 Prozent seiner humanitären Mittel zugunsten von gemeinsamen Fonds wie dem CERF aus und erreicht damit die im Grand Bargain 2016 festgelegte Zielmarke.

4. Trends und Herausforderungen der humanitären Hilfe

Im Lichte zahlreicher Herausforderungen sind die Erwartungen an eine effiziente, effektive, würdevolle und passgenaue humanitäre Hilfe gestiegen. Immer öfter wird Menschen mit Bargeldhilfen statt eingeflogener Hilfsgüter geholfen. Bargeldhilfen werden meist mittels elektronischer Überweisung, als Guthaben ausgezahlt und fördern die lokale Nachfrage und Wirtschaft. Hilfsempfänger*innen können ihre dringendsten Bedarfe eigenverantwortlich und würdevoll decken. Seit dem Jahr 2016 hat sich das Volumen von Bargeldhilfen verdoppelt. Im Jahr 2019 wurden rund 18 Prozent aller humanitären Hilfe, also rund fünf Milliarden US-Dollar, in Form von Bargeldhilfen ausgezahlt. Allerdings werden Bargeldprogramme immer umfangreicher, sodass große UN-Organisationen wie WFP oder UNHCR deutlich häufiger die Zuschläge von Gebern erhalten – auf Kosten der kleineren Hilfsakteure. Das WFP vergibt mit 2,1 Milliarden US-Dollar rund 37 Prozent seiner Hilfe in Form von Bargeldhilfen.

Zudem verändert die digitale Transformation die Art und Weise wie heute humanitäre Hilfe geleistet wird. UN-Organisationen erfassen beispielsweise die biometrischen Daten ihrer Begünstigten, um Flüchtlinge ohne Ausweisdokumente zu registrieren oder damit diese bei Bargeldhilfen mittels Iris-Erkennung oder Fingerabdruck bezahlen können. Zeitgleich geht mit dem Verwalten sensibler personenbezogener Daten eine große Verantwortung für ihren Schutz einher. Erst im Sommer 2021 war ein großer Datenvorfall des UNHCR bekannt geworden, bei dem ein biometrischer Datensatz von hunderttausenden Rohingya gegen ihren Willen mit den Behörden in Myanmar geteilt worden waren – derselben Regierung, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen für den Umgang mit der Minderheit vorgeworfen wird.

Daten spielen zudem in der Vorhersage von humanitären Notlagen eine Rolle. Krisen und Katastrophen sind vorhersehbar, wenn es geeignete Instrumente gibt, die Frühwarnsignale einordnen können. Daher wird zunehmend in den Aufbau von vorausschauender humanitärer Hilfe investiert, in Forschung und Pilotprojekte. Die Grundidee ist, dass mittels Auswertung von Wetterdaten das Sichabzeichnen von Naturkatastrophen besser erkannt werden kann und durch frühes Handeln menschliches Leid minimiert wird. Die Katastrophenvorsorge ist zwar seit jeher ein Bestandteil der humanitären Hilfe, hat jedoch in den letzten Jahren einen großen Innovationsschub durch eine verbesserte Datengrundlage, Analyse und Modellierungstechniken erhalten. Die humanitäre Hilfe nutzt beispielsweise vorhersagebasierte Finanzierungsmechanismen bei drohenden Naturkatastrophen wie Zyklonen oder Dürren, um

frühzeitig Mittel für die Prävention auszuschütten. Neben dem Argument, dass vorausschauende Hilfe deutlich würdevoller ist, ist sie Studien zufolge auch vier bis sechs Mal kosteneffektiver als reaktive Hilfe – ein gewichtiges Argument in Zeiten stagnierender Mittel. OCHA hat in Zusammenarbeit mit der FAO und dem WFP zwölf Staaten, darunter Äthiopien, Bangladesch und Somalia, als Pilotprojekte für diese Form der Hilfe bei Dürren und Überschwemmungen ausgewählt. Erste Projekte versuchen, die Erkenntnisse auch

Humanitäre Hilfe inmitten des Bürgerkriegs im Jemen

Menschen in Not: **24,3 Millionen**

Nothilfaufrufe: **2008–2021**

Bedarfe: **3,7 Milliarden US-Dollar** (2021)



Die Krise im Jemen gilt als die weltweit verheerendste humanitäre Notlage. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dabei leiden die Menschen zeitgleich unter einer Vielzahl von Krisen, die eng miteinander verzahnt sind. Seit mehr als sechs Jahren wütet im Jemen ein bewaffneter Konflikt zwischen der militärischen Gruppe Ansar Allah und der von Saudi-Arabien gestützten Regierung. Den Kampfhandlungen fallen viele Zivilpersonen zum Opfer und das Ausmaß an Zerstörung ist katastrophal. Die grundlegende Versorgung mit Wasser ist an vielen Orten nicht mehr sichergestellt, ebenso wenig der Zugang zu Sanitär- und Gesundheitseinrichtungen. Dies hatte den Ausbruch der weltweit tödlichsten Cholera-Epidemie zur Folge, bei der besonders viele Kinder starben. Gleichzeitig herrscht im Jemen eine alarmierende Nahrungsmittelknappheit, was ein erhöhtes Konfliktpotential zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zur Folge hat. Um die Vielzahl der verschiedenen Not-situationen zu lindern, koordinieren die Vereinten Nationen die Bereitstellung von humanitärer Hilfe im jährlichen Wert von knapp 2,3 Milliarden US-Dollar. Dabei stehen humanitäre Akteure allerdings vor zahlreichen Herausforderungen. Der Zugang zu den hilfsbedürftigen Menschen ist im Jemen sehr schwierig. Immer wieder leidet die Zivilbevölkerung massiv unter den Kriegsfolgen, wie etwa der Zerstörung und Blockade des Hafens von Al-Hudaida, wodurch Hilfsgüterlieferung massiv behindert werden. Um die Bedarfe der notleidenden Bevölkerung zu decken, wurden im Jahr 2021 etwa 3,7 Milliarden US-Dollar benötigt, von denen allerdings nur etwas mehr als die Hälfte eingegangen war. Deshalb berufen die Vereinten Nationen immer wieder internationale Geberkonferenzen ein, um zusätzliche Mittel zu akquirieren und auf die Krise aufmerksam zu machen. Dabei ist umstritten, dass beispielsweise Saudi-Arabien selbst große Summen für die UN-Hilfspläne zur Verfügung stellt, obwohl das Land gleichzeitig eine Kriegspartei ist.

auf die vorausschauende Hilfe für Gewaltkonflikten auszuweiten.

Gleichwohl sind es insbesondere die langanhaltenden Krisen, die dem humanitären Sektor Sorge bereiten; wo die Menschen seit Jahrzehnten in Unsicherheit leben und ihre Lebensgrundlagen immer wieder durch kriegerische Auseinandersetzungen zerstört werden. Humanitäre Notaufrufe dauern heute durchschnittlich sieben Jahre. Daher hat sich die Debatte um eine bessere Vernetzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert (Humanitarian-Development-Peace Nexus). Durch eine stärkere Verzahnung von humanitärer Hilfe mit Entwicklungs- und Friedensprogrammen sollen ein gemeinsamer Nutzen und Anknüpfungspotenziale zwischen den verschiedenen Formen der internationalen Zusammenarbeit geschaffen werden.

Auch wenn eine bessere Koordination dringend geboten ist, warnen humanitäre Akteure, dass eine zu starke Einbindung in breite Ansätze wie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) die Aufmerksamkeit und Ressourcen von neutraler und unabhängiger Hilfe ablenke.

Doch auch ein Blick ins Innere der UN-Organisationen zeigt zahlreiche Herausforderungen: Nicht nur Rassismus und Diskriminierung gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisationen, auch Fälle von Machtmissbrauch und sexueller Ausbeutung gegenüber Hilfeempfänger*innen erfordern bessere Mechanismen für Rechenschaftslegung und Transparenz. Beispielsweise waren im Zuge des Erdbebens in Haiti im Jahr 2010 zahlreiche Vorkommnisse von Fehlverhalten und Korruption durch humanitäre Organisationen öffentlich geworden.

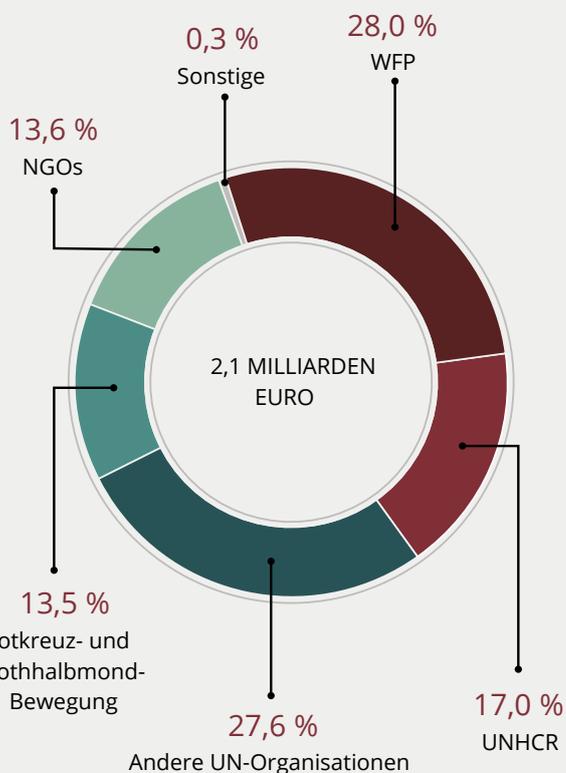
5. Deutschlands Rolle im humanitären System

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der wichtigsten Geberinnen für die Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen. Fast drei Viertel der humanitären Mittel vergibt Deutschland an UN-Organisationen. Im Jahr 2020 war die Bundesrepublik mit 600 Millionen US-Dollar die zweitgrößte Geberin für das WFP und drittgrößte Geberin für das UNHCR mit 364 Millionen US-Dollar.

Neben der finanziellen Förderung setzt Deutschland sich auch für die Stärkung und Weiterentwicklung des von den Vereinten Nationen koordinierten humanitären Systems ein. Beispielsweise entsendet Deutschland Vertreterinnen und Vertreter in die Beratungs- und Steuerungsgremien von CERF und CBPF, der Initiative für Gute Geberschaft (GDH) und der OCHA-Unterstützungsgruppe der Geldgeber. Über das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) wird zudem Personal direkt an UN-Organisationen wie WFP und OCHA entsandt.

Insbesondere durch geopolitische Veränderungen, etwa dass die USA kurzzeitig aus UN-Organisationen ausstieg oder das Vereinigte Königreich jüngst seine humanitären Mittel um rund 30 Prozent gekürzt hat, werden international große Hoffnungen und Erwartungen an Deutschland gerichtet. In Zeiten, in denen der Multilateralismus durch Nationalismus oder Populismus stärker unter Druck gerät, sind die Erwartungen an die Bundesrepublik als ‚ehrliche Maklerin‘ und Verfechterin der globalen Normen gestiegen. Noch kann Deutschland im Lichte begrenzter personeller und strategischer Kapazitäten oder eigener politischer Zielkonflikte diese Erwartungen nur teilweise erfüllen.

Aufteilung der deutschen humanitären Hilfe



Ausgaben des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe 2020
Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/28303

In der Zukunftsgestaltung des humanitären Systems setzt Deutschland sich für eine starke vorausschauende Hilfe ein. Die Bundesrepublik fördert diese mit rund 1,5 Prozent ihres humanitären Budgets, plant jedoch, bald den Anteil auf fünf Prozent zu erhöhen. Auf der politischen Ebene hat Deutschland das Thema zu einem Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft in der Arbeitsgruppe zu humanitärer Hilfe (COHAFA) gemacht und plant, dieses Engagement im Rahmen der Präsidentschaft der Gruppe der Sieben (G7) weiterzuführen. Das Auswärtige Amt fördert außerdem eine Austauschplattform (Anticipation Hub) unter Federführung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung.

Darüber hinaus setzt sich die Bundesrepublik für die Achtung des humanitären Völkerrechts und den Schutz von humanitär Helfenden ein. Als gewähltes Mitglied im UN-Sicherheitsrat der Jahre 2019 und 2020 startete Deutschland während der Zwillingspräsidentschaft

mit Frankreich im Rat einen humanitären Aufruf zum Handeln. Neben mittlerweile 51 Unterzeichnerstaaten ist jedoch die Wirkung des Aufrufs in den humanitären Krisen, wo Helferinnen und Helfer Ziele von Angriffen werden und das humanitäre Völkerrecht missachtet wird, bisher begrenzt. Während seiner Amtszeit im UN-Sicherheitsrat nahm Deutschland eine wichtige Rolle bei UN-Bemühungen um Friedensprozesse in Libyen und im Sudan ein, die bis heute noch anhält.

Deutschlands Bedeutung als prinzipientreuer Geber für die humanitäre Hilfe der UN hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Vor allem finanziell ist Deutschland zum Schwergewicht unter den humanitären Gebern geworden. Mit dieser neuen Rolle sind auch die Erwartungen an ein Engagement im Bereich der humanitären Politik gestiegen. Dies gilt beispielsweise für die vorausschauende Hilfe, sich in der Entwicklung von Konzepten, Methoden und Finanzierungsinstrumenten bei den UN einzubringen.

6. Mehr Bedarf an humanitärer Hilfe denn je

Mit Blick auf die Zukunft ist das UN-System vor große Herausforderungen gestellt. Gleichzeitig stecken die Vereinten Nationen in einer Krise, da immer mehr Staaten die Bühne für ihre nationalen Interessen nutzen und damit die Handlungsfähigkeit der zwischenstaatlichen Organisation beeinträchtigen. Als Folge verlieren das globale Gemeinwohl und multilaterale Normen an Bedeutung. Die gravierendste Auswirkung hat dies für Menschen in humanitären Katastrophen. Dabei wird ein handlungsfähiges UN-Hilfssystem mehr gebraucht denn je: Klimakrisen, Epidemien und gewaltsame Konflikte, die Jahrzehnte dauern, führen zu langwierigen humanitären Notlagen, bei denen immer mehr Menschen auf Unterstützung angewiesen sind. Besonders anschaulich wird dies am Beispiel globaler Ernährung, da weltweit wieder immer mehr Menschen Hunger leiden. Humanitäre Akteure wie die UN-Organisationen WFP, UNICEF oder UNHCR reagieren auf diese immer komplexeren Notlagen. Immer öfter werden von Katastrophen betroffene Menschen durch Bargeldhilfen statt durch eingeflogene Hilfsgüter unterstützt. Auch durch die Digitalisierung lassen sich Effizienz- und Transparenzgewinne in den Hilfseinsätzen erzielen. Der Druck auf Hilfsakteure, Effizienz- und Effektivitätsgewinne zu erzielen, ist in Zeiten von gleichbleibender Finanzierung hoch. Dabei besteht auch der Wunsch nach einer besseren Hilfe, die passgenauer und würdevoller ist und die Hilfsabhängigkeit reduziert. Schließlich muss sich der humanitäre Sektor auch Rassismuskritik in den UN stellen. Die UN-Organisationen, wie auch der Sektor insgesamt, müssen die humanitäre Hilfe auf ihre (neo-)kolonialen

Kontinuitäten abklopfen, eine stärkere Partizipation der Betroffenen ermöglichen und lokale Akteure innerhalb des Systems stärken.

Die Erwartungen an Deutschland als ehrlichen Makler sind groß, da die Bundesrepublik eine der wichtigsten Geldgeberinnen der humanitären Hilfe der Vereinten Nationen ist. Deutschland setzt sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrats ein, um zentrale Herausforderungen und Unzulänglichkeiten in der Krisen- und Konfliktbearbeitung zu begegnen. Auch politisch fördert Deutschland die Stärkung des humanitären Systems, der Vereinten Nationen und den Schutz des humanitären Raumes. Dabei sind die außenpolitischen Erwartungen an die Bundesrepublik als Verfechterin der multilateralen Ordnung gestiegen. Deutschland sollte diesen Herausforderungen mit einer größeren Strategiefähigkeit der deutschen UN-Politik, Ausbau von Kernbeiträgen sowie einer ressortübergreifenden Aufwertung des deutschen humanitären Engagements begegnen.

Weiterführende Literatur

Sonja Hövelmann, Das internationale humanitäre System. Eine Einführung, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 71. Jg., 10–11/2021, S. 41–46.

Jürgen Lieser, Was ist humanitäre Hilfe?, in: Jürgen Lieser/Dennis Dijkzeul (Hrsg.), Handbuch Humanitäre Hilfe, Berlin/Heidelberg 2013, S. 9–28.

Martin Quack, Herausforderung Humanitäre Hilfe, Berlin 2016, www.chaberlin.org/wp-content/uploads/2019/02/quack-2016-herausforderung-huhi-de.pdf

Martin Quack/Ralf Südhoff, Humanitäre Hilfe in Syrien: Krise der Innovationen, VEREINTE NATIONEN (VN), 67. Jg., 3/2019.

Dieter Reinhardt, Finanzierung der humanitären UN-Hilfe, Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2019, library.fes.de/pdf-files/iez/15426.pdf

Impressum

© Centre for Humanitarian Action, April 2022.

Dieser Text und seine Grafiken sind ein Wiederabdruck und erschienen zunächst als UN-BASIS-INFORMATIONEN 64: <https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/humanitaere-hilfe-der-vereinten-nationen>

Sonja Hövelmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Humanitarian Action. Zuvor war sie bei der Nichtregierungsorganisation Caritas international tätig. Außerdem hat sie als Koordinatorin für den Masterstudiengang Joint Master Programme in Humanitarian Action (NOHA) am Institut für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum gearbeitet.

Vorgeschlagene Zitierweise

Hövelmann, Sonja. 2022. Humanitäre Themen erklärt. Humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen. Berlin: Centre for Humanitarian Action.

Weitere CHA Publikationen

Faltas, Charlotte. 2021. Humanitäre Themen erklärt. Terrorismusbekämpfung und humanitäre Hilfe to go. Berlin: Centre for Humanitarian Action

Steinke, Andrea, und Sonja Hövelmann. 2021. Whose Health Matters: Trust and Mistrust in Humanitarian Crisis and Global Health Interventions. Berlin: Centre for Humanitarian Action

Steinke, Andrea. 2021. The Triple Nexus in Mali: Coordination, Securitisation and Blurred Lines. Berlin: Centre for Humanitarian Action.

Südhoff, Ralf, und Goda Milasiute. 2021. Zeit für einen Neuanfang? 5 Jahre World Humanitarian Summit und Grand Bargain. Berlin: Centre for Humanitarian Action.



CHA - Centre for Humanitarian Action e.V.

Wallstrasse 15a
10179 Berlin
+49 (0)30 2864 5701
info@chaberlin.org

April 2022